

/ GASTKOMMENTAR /

RESPEKT.NET

Es braucht Mut

Acht prominente Autoren, ein gemeinsamer Kommentar, ein Aufschrei: Schon wieder traut sich eine Regierung nicht über eine Reform des Föderalismus, die diese Bezeichnung auch verdient hätte.

Das Regierungsprogramm dieser Bundesregierung sieht unter dem Titel „Moderner Bundesstaat“ sowohl eine Entflechtung der Kompetenzverteilung als auch eine Reduktion der gegenseitigen Zustimmungsrechte von Bund und Ländern vor. Der ehemalige Rechnungshofpräsident und jetziger Justizminister, Josef Moser, gab – nicht zuletzt aufgrund seiner in der Vergangenheit immer wieder geäußerten Reformvorschläge – Hoffnung auf eine wirkliche Neuordnung des Föderalismus.

Das „Kompetenzbereinigungs“-Paket, das jetzt vorliegt, ist allerdings äußerst bescheiden ausgefallen und lässt ambitionierte Reformbestrebungen weitestgehend vermissen.

Das Paket sieht eine klare Zuordnung jener Bereiche vor, in denen der Bund bisher „Grundsatzgesetze“ erlässt, die

dann von den Ländern mit den „Ausführungsgesetzen“ konkretisiert werden. Von den zwölf im Artikel 12 der Bundesverfassung geregelten Feldern werden nun bei neun die Kompetenzen neu zugeordnet. So wandern die Bereiche „Volkspflegestätten“, „Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge“ (Kinder- und Jugendhilfe), die Regelungen über Thermalwasser („natürliche Heilvorkommen“) oder der Bereich „Bodenreform“ zu den Ländern.

An den Bund gehen etwa die Kompetenz bei der „Bevölkerungspolitik“ (zum Beispiel Maßnahmen zur Hebung der Geburtenzahl) oder bei den Gemeindevermittlungsdiensten.

Ein vorsichtiger, tastender Anfang, aber unserer Meinung nach bräuchte es ein viel beherzteres und kraftvolleres Vorgehen, um die Zukunftsfähigkeit Österreichs abzusichern.

Wir haben über drei Jahre unter Einbindung von einschlägigen Experten über eine völlige Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern nachgedacht. Wir sind überzeugt, dass beide Gebietskörperschaften unverzichtbar sind. Beide sollten allerdings jene Aufgaben übernehmen, die sie jeweils am besten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erledigen können.

Die Gesetzgebungskompetenz sollte daher unserer Ansicht nach ausschließlich beim Bund, also beim Parlament liegen, während Verordnungen von den Bundesministerien erlassen werden. Die Verwaltung dieser Gesetze und Verordnungen obläge hingegen ausschließlich den Ländern, weil sie viel näher an den Menschen sind. Die Länder sollten auch die gesamte Schul- und Sozialverwaltung innehaben, allerdings auf Basis von einheitlichen Bundesge-

„Wir haben drei Jahre über eine völlige Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern nachgedacht. Was die Regierung jetzt beschließt, ist ein Anfang, aber zu vorsichtig.“

setzen. Beim Bund blieben klassisch hoheitliche Aufgaben wie Äußeres, Landesverteidigung, innere Sicherheit, Hochschulen, Gesundheit, Steuern und Arbeitsmarkt. Das würde auch bedeuten, dass sämtliche Landesspitäler dem Bund übertragen und vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger zu verwalten wären.

Da in diesem System der Nationalrat viel wichtiger wäre, soll er von 183 auf 199 Mandate vergrößert werden. Die Schaffung von 99 Direktwahlkreismandaten würde für eine ausreichende Berücksichtigung der Bundesländerinteressen sorgen. Der Bundesrat würde abgeschafft, auch eine Landeshauptleutekonferenz als informelles Koordinierungsgremium wäre obsolet. Dafür bekämen die Landeshauptleute und ihre Stellvertreter mehr Gewicht. Beide wür-

den nach wie vor von einem verkleinerten Landtag bestimmt, der wiederum wie bisher bei Landtagswahlen gewählt, allerdings nur noch als Kontrollorgan fungieren würde. Komplizierte 15a-Vereinbarungen, die das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden heute regeln, wären ebenso passé wie die komplexen und undurchsichtigen Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Hingegen wäre der Ausgangspunkt für das neue System ein umfassender Kassasturz, der alle finanziellen Altlasten schonungslos auf den Tisch brächte.

Der Bund, der in Zukunft auch alle Steuern einheben soll, übernehme dabei sämtliche Schulden und Haftungen der Länder und würde den Ländern und Gemeinden jährliche Gesamtbudgets zuteilen. Der Beschluss dafür fiel

im Nationalrat. Im Gegenzug dürften die Länder keine Schulden mehr machen und auch keine neuen Haftungen mehr eingehen. Ausgenommen davon wäre der sogenannte privatwirtschaftliche Bereich. Ein Bundesland könnte also weiterhin ein Museum oder einen Energieversorger betreiben, mit eigenständiger wirtschaftlicher Verantwortung, aber natürlich kontrolliert vom zuständigen Landtag. Die hier skizzierte Neugestaltung Österreichs würde eine Gesamtänderung der Verfassung bedeuten und wäre somit zwingend einer Volksabstimmung zu unterziehen.

Für diesen Schritt braucht es Mut, Überzeugungsarbeit und einen zukunftsorientierten, konstruktiven Veränderungs- und Gestaltungswillen – es wäre allerdings das schönste, weil historische Geschenk zum 100. Jahr Jubiläum der Republik. 

„Ausgangspunkt für unser neues System wäre ein umfassender Kassasturz. Die Länder dürften keine Schulden mehr machen.“

DIE AUTOREN +++ DIE AUTOREN +++

→ **UNTER DEM DACH** der Plattform Respekt.net, gegründet von Martin Winkler, diskutierte die hochkarätige Gruppe (rechts) drei Jahre eine Föderalismusreform. Im Wahlkampf 2017 und knapp vor Angelobung des Kabinetts Kurz/Strache präsentierte sie ein Forderungspaket für einen modernen Staat. Jetzt melden sich alle sich in einem gemeinsamen Kommentar für den trend wieder zu Wort.

			
BRIGITTE EDERER. Ehemalige EU-Staatsekretärin, Siemens-Chefin Österreich sowie Siemens Personalchefin weltweit.	HANS PETER HASELSTEINER. Bauunternehmer, ehemaliger Abgeordneter des Liberalen Forums.	HEIDE SCHMID. Ehemalige Chefin des Liberalen Forums und Präsidentschaftskandidatin.	KARL SEVELDA. Generaldirektor der Raiffeisenbank International, jetzt aktiver Unterstützer der Parlamentspartei Neos.

			
TEREZIJA STOISITS. Langjährige Grüne Politikerin und Volksanwältin.	WERNER MUHM. Ehemaliger Direktor der Arbeiterkammer.	MARTIN WINKLER. Gründer der überparteilichen Plattform Respekt.net, die gesellschaftliche Veränderungen befördern will.	HERBERT PAIERL. ehemaliger ÖVP-Politiker, heute Unternehmer.

FOTOS: